



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>
<http://www.cdu-csuep.cdu.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 07. Dezember 2006

Andreas Schwab und Karl von Wogau (EVP-ED/CDU):

Kommissionsmitteilung zur Öffnung der EU-Rüstungsmärkte ist richtiger Schritt

Uneingeschränkt begrüßt haben der Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung, Karl von Wogau, und der stellvertretende Koordinator im EP-Binnenmarktausschuss, Andreas Schwab, die heutigen Leitlinien der Kommission zum öffentlichen Auftragswesen: "Der Vorschlag des EU-Binnenmarktkommissars, nur noch solche Güter unter den Vorbehalt des Artikel 296 EG-Vertrag zu stellen, die tatsächlich essentiell sicherheitsrelevant sind, entspricht exakt einer bereits seit längerem erhobenen Forderung des Europäischen Parlaments".

Artikel 296 des Vertrags erlaubt es den Mitgliedstaaten ausdrücklich, sicherheitsrelevante Güter und Produkte von der Ausschreibungspflicht des EU-Binnenmarkts auszunehmen. Dieser Ausnahmetatbestand ist zum Schutz tatsächlich sensibler Technologien vorgesehen, etwa bei der Feuerleittechnik in Panzern oder der Antriebstechnik in Unterseebooten. Der bedauerlichen Tendenz der Mitgliedstaaten, den Begriff 'sicherheitsrelevant' aber immer weiter bis hin zu Bekleidung oder Lastwagen auszudehnen, müsse jetzt dringend Einhalt geboten werden. "Der europäische Beschaffungsmarkt für Verteidigungsgüter hat ein Volumen von derzeit gut 170 Milliarden Euro im Jahr. Hier sind aus unserer Sicht noch erhebliche Effizienzpotentiale auszuschöpfen. Der heutige Vorstoß der EU-Kommission, das Beschaffungswesen wieder stärker den Regeln des Binnenmarkts zu unterwerfen, ist deshalb nicht nur inhaltlich, sondern auch rechtssystematisch dringend geboten", erklärten Schwab und von Wogau.

Die beiden Unionsabgeordneten wiesen darauf hin, dass Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, grundsätzlich nicht mehr der Ausnahmeklausel des Artikel 296 unterliegen sollten, weil sie als so genannte 'dual-use-Güter' nicht sicherheitsrelevant sind. "Angesichts der auf vielen Sektoren noch immer mangelhaften Interoperabilität der nationalen Streitkräfte in den Mitgliedstaaten, ist zudem eine bessere Normung und das mittelfristige Zusammenwachsen der nationalen Verteidigungsindustrien sinnvoll und wünschenswert. Dieses langfristige Ziel sollte trotz der in den Kommissionsleitlinien und im dazugehörigen Grünbuch formulierten positiven Ansätze nicht aus den Augen verloren werden", betonten von Wogau und Schwab. Das Vorhaben der Kommission, eine Richtlinie für die Besonderheiten des Binnenmarkts im Verteidigungssektor mit klaren Ausnahmetatbeständen zu erarbeiten, sei ein erster Schritt in diese Richtung. Außerdem sollte die Kommission auf der Grundlage der neuen Leitlinien für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktregeln im Verteidigungssektor sorgen.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847938

Büro Dr. Karl von Wogau, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847301

EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.: +32 - 479 - 972144

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament
Knut Gölz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044